



FINANZBERICHT DER SCHATZMEISTERIN

2011/2012

Parteitag Leipzig, 14. bis 16. November 2013

FINANZBERICHT
DER
SCHATZMEISTERIN

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Willy-Brandt-Haus

Wilhelmstr. 141

10963 Berlin

Tel. 030 / 2 59 91-0

www.spd.de

Verantwortlich: Dr. Barbara Hendricks MdB

Erschienen: November 2013

Druck: Braunschweig-Druck

Bestell-Nr. 9410124

INHALT**Vorwort 6****1. Einnahmeentwicklung 8**

1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen 8

1.2 Die staatliche Teilfinanzierung 8

1.3 Die Einnahmen aus Spenden 9

1.4 Die Einnahmen aus Sponsoring 11

1.5 Die Einnahmen aus Vermögen 12

1.6 Parteiinterner Finanzausgleich 13

2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung 14**3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände 16****4. Der Unternehmensbereich 17**

4.1 Konzentration GmbH 17

4.2 Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin 18

4.3 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH 20

5. Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich 25

VORWORT

Liebe Genossinnen und Genossen,

die vergangenen zwei Jahre waren geprägt durch die Vorbereitungen für unser 150jähriges Parteijubiläum, die Bundestagswahl und die Umsetzung der Parteireform.

Die SPD ist die älteste demokratische Partei Europas und darauf sind wir stolz. Im Jahr 2013 haben wir durch vielfältige Aktivitäten nicht nur unsere Geschichte gelebt, sondern gezeigt, dass wir eine moderne, kraftvolle Partei sind. Viele Aktivitäten vor Ort haben die Strecke von unserem Festakt in Leipzig bis zu unserem großen Deutschlandfest in Berlin begleitet. Mein herzlicher Dank gilt dafür den Verantwortlichen in den Ortsvereinen und Unterbezirken.

Bundestagswahlen haben einen langen Vorlauf. In der Schatzmeisterei begann der Wahlkampf damit, im 1. Halbjahr 2011 Instrumente und Ausgaben vergangener Wahlen kritisch zu überprüfen und einen Budgetvorschlag zu erarbeiten, der sowohl einen attraktiven Wahlkampf möglich macht, als auch sparsam mit unseren Finanzen verfährt. Das vom Parteivorstand beschlossene Budget von 23 Millionen EUR war ambitioniert. In Teamarbeit und mit der Unterstützung von Andrea Nahles ist es gelungen, das Budget nicht zu überschreiten, das ist nach aller Erfahrung durchaus nicht selbstverständlich.

Eine größere Beteiligung der Mitgliedschaft hat ihren Preis. Mit der im Dezember 2011 beschlossenen Parteireform waren neben organisatorischen auch finanzielle Herausforderungen verbunden. Der Parteikonvent, der zweimal jährlich als Entscheidungsgremium zwischen den Parteitagen einberufen wird, hat sich mittlerweile etabliert und kann bei 200 gewählten Delegierten im Willy-Brandt-Haus stattfinden. Der auf 600 gewählte Delegierte vergrößerte Parteitag bringt neben einer breiteren Beteiligung der Mitgliedschaft auch höhere Kosten. So sind beispielsweise nur wenige Hallen für diese Größe des Parteitages überhaupt als Veranstaltungsort geeignet.

Die Anzahl der Arbeitsgemeinschaften ist von acht auf elf gestiegen. Neu dazu gekommen sind „Selbst Aktiv“, „Schwusos“ und „Migration und Vielfalt“. Wir haben einen gesonderten Arbeitsstab im Haus für die Arbeitsgemeinschaften eingerichtet. Das konzentriert die Zuarbeit, ohne

die Kosten proportional steigen zu lassen. Meine Erwartung, dass vor allem die Arbeitsgemeinschaften die neue Mitarbeitsmöglichkeit der Unterstützerinnen und Unterstützer nutzen, hat sich leider noch nicht erfüllt. Diese neue Chance der Öffnung für Nichtmitglieder wird hoffentlich in den nächsten Jahren ein größeres Gewicht erhalten.

Eine der Realität angepasste Beitragstabelle sollte dazu beitragen, dass insgesamt höhere und satzungsgemäße Mitgliedsbeiträge gezahlt werden und unsere Beitragseinnahmen stabilisiert werden. Beim Vergleich der Beiträge vom 1. Halbjahr 2011 mit dem 1. Halbjahr 2013 ist der Durchschnittsbeitrag um 8,3% gestiegen. Der Monatsbeitrag bis unter 5 EUR hat um mehr als 10 %punkte abgenommen, der von 5 bis 10 EUR dagegen um mehr als 8 %punkte zugenommen. Als erste Bestandsaufnahme ist das durchaus erfolgreich. Dieses Ergebnis wäre ohne den engagierten Einsatz der Landesverbände und Bezirke nicht möglich gewesen – auch herzlichen Dank dafür.

Unser Unternehmensbereich hat immer stabil zu den Einnahmen beigetragen, auch wenn wir damit nicht den Vorsprung von CDU, CSU und FPD bei den Spenden ausgleichen konnten. Auch in Zukunft werden wir uns auf den Unternehmensbereich verlassen können. Die Insolvenz der Frankfurter Rundschau hat jedoch zu höherem Aufwand und zu höheren Wertberichtigungen bei der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg), unserer Medienholding, geführt. Zusätzlich hat die ddvg einen Teil des Sozialplans für die Beschäftigten vorfinanziert, um besonders für Härtefälle jahrelange Wartezeiten zu vermeiden. Desgleichen hat sie die Beschäftigten der Westfälischen Rundschau bei der Finanzierung einer Transfersgesellschaft unterstützt. In beiden Fällen gab es dazu keine rechtliche Verpflichtung. Im Sinne der Menschen habe ich diese Maßnahmen unterstützt.

In den vergangenen Jahren ist immer wieder über ein Mehr an Transparenz bei den Parteifinanzen gesprochen worden. Für mich ist die Richtschnur: Ich unterstützte alle Änderungen des Parteiengesetzes, die tatsächlich die Transparenz bei der Parteienfinanzierung verbessern. Allerdings müssen sie Rechtsicherheit bieten, zweifelsfrei handhabbar und kontrollierbar sein, und sie dürfen die Arbeit unserer ca. 10.000 ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierer

nicht zusätzlich belasten. So kann ich mir durchaus vorstellen, die Grenze für die unverzügliche Veröffentlichung von Spenden von 50.000 auf 25.000 EUR herabzusetzen. Auch die namentliche Veröffentlichung im Rechenschaftsbericht ab 5.000 EUR (jetzt 10.000 EUR) kann ich mir gut vorstellen.

Auch Sponsoring gehört zur wirtschaftlichen Betätigung der SPD. Selbst in Jahren mit einem mehrtägigen Parteitag machen beim Parteivorsand die Einnahmen aus Sponsoring aber weniger als 1% der Gesamteinnahmen aus. Um jedoch dem Verdacht zu begegnen, mit Sponsoring würde sozusagen die Veröffentlichungspflicht bei Spenden umgangen, befürworte ich Änderungen im Parteiengesetz. Ich bin dafür, Einnahmen aus Sponsoring im Rechenschaftsbericht gesondert auszuweisen. Auch gegen eine sofortige Anzeige von Sponsoringeinnahmen, die im Einzelfall einen bestimmten Wert übersteigen, habe ich nichts einzuwenden.

Ich finde, alle im Bundestag vertretenen Parteien sollten sich über weitergehende Regeln zur Transparenz der Finanzierung der Parteien verständigen und dabei den Sachverständigen Unabhängiger einbeziehen.

Zum Schluss möchte ich allen ehrenamtlichen Kassierinnen und Kassierern für ihre Arbeit herzlich danken. Wir sind auf euch angewiesen und ich hoffe, dass ich mich weiterhin auf euch verlassen kann.

Eure



Barbara Hendricks



*Dr. Barbara Hendricks MdB, Schatzmeisterin der SPD,
Foto: Susie Knoll*

1. EINNAHME-ENTWICKLUNG

1.1 DIE EINNAHMEN AUS BEITRÄGEN

Wie in der Vergangenheit waren auch in den Jahren 2011 und 2012 die Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge die wichtigste Einnahmequelle der SPD, mit etwa 45 Prozent (2011) bzw. knapp 48 Prozent (2012) der Gesamteinnahmen.

In absoluten Zahlen bedeutet dies Beitragseinnahmen von 70,11 Mio. EUR für 2011 und 72,12 Mio. EUR für 2012. Diese verteilten sich wie folgt:

(in EUR)	2011	2012
Mitgliedsbeiträge	47,48 Mio.	49,08 Mio.
Mandatsträgerbeiträge	22,63 Mio.	23,04 Mio.

Seit dem Jahr 1990 haben wir nahezu die Hälfte der Mitglieder verloren. Waren damals noch 943.402 Personen Mitglieder der SPD, waren es Ende 2011 489.638 Personen und Ende des Jahres 2012 noch 477.037 Personen, von 2011 auf 2012 ist dies ein Rückgang um 2,6 Prozent.

Gleichwohl sind wir derzeit mit 472.469 Genossinnen und Genossen die Mitgliederstärkste Partei in der Bundesrepublik Deutschland. Unsere Mitglieder zahlten im Durchschnitt einen Beitrag von 8,08 EUR (2011) bzw. 8,57 EUR (2012).

Obwohl die Zahl der Mitglieder weiterhin rückläufig ist, hat sich eine Trendwende vollzogen und die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen sind wieder gestiegen. Von 46,03 Mio. EUR (2009) bzw. 45,72 Mio. EUR (2010) auf 47,48 Mio. EUR (2011) bzw. 49,08 Mio. EUR (2012).

Grund für die Mehreinnahmen ist unter anderem die jährlich stattfindende Beitragsanpassung, gemäß § 1 Absatz 7 der Finanzordnung, wonach sich die Beitragsanpassung an der nominalen Steigerung des durchschnittlichen Nettoeinkommens, ermittelt durch das Bundesamt für Statistik, orientiert. Von der Anpassung ausgenommen sind Beiträge von Mitgliedern ohne oder mit geringfügigem Einkommen, die 2,50 EUR pro Monat zahlen.

Die Erhöhungen betragen im Jahr 2011 1,0 Prozent bzw. 3,0 Prozent in 2012. Der Großteil der Mitglieder hat diese maßvollen Erhöhungen akzeptiert, nur wenige legten dagegen Widerspruch ein.

Von der kontinuierlichen Anpassung der Beiträge profitieren vor allem die Landesverbände und Bezirke, sowie ihre nachgeordneten Gebietsverbände, da 85 Prozent der Beiträge nach Abzug des Anteils der Strukturhilfe und des Anteils für den „vorwärts“, dort verbleiben. Der Parteivorstand erhält lediglich die restlichen 15 Prozent.

Eine weitere wichtige Säule unserer Einnahmen sind die Beiträge unserer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung unserer politischen Arbeit, insbesondere vor Ort.

In 2011 betragen die Einnahmen 22,63 Mio. EUR und in 2012 23,04 Mio. EUR, das waren 14,5 Prozent bzw. 15,2 Prozent der Gesamteinnahmen. Rund 99 % (2011 und 2012) dieser Einnahmen wurden in den Landesverbänden/Bezirken und ihren nachgeordneten Gebietsverbänden erzielt.

1.2 DIE STAATLICHE TEILFINANZIERUNG

Die staatliche Parteienfinanzierung basiert auf zwei Säulen:

- der Zahl der Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden
- und der Summe der Zuwendungen von natürlichen Personen (bis zu 3.300 EUR je Person): dazu gehören die Mitgliedsbeiträge, die Mandatsträgerbeiträge und die Spenden.

Die Wählerstimmen und die Beiträge und Spenden, die die Bürgerinnen und Bürger einer Partei zu geben bereit sind, gelten als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung. Je stärker eine Partei von Mitgliedern und Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt wird und je mehr Wählerstimmen sie auf sich vereinigen kann, desto höher ist ihr Anteil an den staatlichen Mitteln. Der Gesamtbetrag der staatlichen Mittel für alle Parteien

hat sich mit der Novellierung des Parteiengesetzes am 23. August 2011 erhöht. Der Gesamtbetrag betrug seit 2002 unverändert 133,0 Mio. EUR. Er erhöhte sich nun für das Jahr 2011 auf 141,9 Mio. EUR und für das Jahr 2012 auf 150,8 Mio. EUR. Ab dem Jahr 2013 erhöht sich der Gesamtbetrag jährlich entsprechend des Preisindizes' der für eine Partei typischen Ausgaben. Die Ermittlung erfolgt durch das Statistische Bundesamt.

Die SPD erhielt 2011 insgesamt 42,41 Mio. EUR und 2012 insgesamt 45,59 Mio. EUR. Damit entsprachen die Einnahmen aus staatlichen Mitteln einem Anteil von ca. 27 Prozent im Jahr 2011 und 30 Prozent im Jahr 2012 an den Gesamteinnahmen der SPD.

1.3 DIE EINNAHMEN AUS SPENDEN

Die SPD insgesamt konnte ihre Einnahmen aus Spenden im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr leicht steigern. Dabei konnten wir gestiegene Einnahmen sowohl bei den Spenden natürlicher, als auch bei den Spenden juristischer Personen beobachten. Insgesamt trugen die Spenden mit 11,1 Millionen EUR knapp 7,8 Prozent (Vorjahr 6,5 Prozent) zu den Gesamteinnahmen der SPD bei. Traditionell ist der Anteil der direkt an den Parteivorstand gerichteten Spenden dabei gering: Insgesamt überwiesen die Spenderinnen und Spender nur knapp eine Million EUR nach Berlin – den weitaus größten Anteil aber erhalten die Ortsvereine, Distrikte und Abteilungen unserer Partei.

Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998–2011

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	B90/ Grüne	in %	FDP	in %	Linke	in %
1998	18.836	12,10	33.762	26,22	12.536	37,39	5.847	20,07	11.178	44,29	3.784	19,16
1999	17.236	11,01	33.368	25,20	7.806	23,94	5.140	19,57	9.741	41,49	3.839	18,43
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.935	24,74	4.311	18,37	7.989	35,59	3.486	17,33
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.887	31,48	5.121	21,48	10.799	41,98	3.699	18,05
2002	17.334	10,92	30.453	21,50	18.872	40,95	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	3.637	14,32	8.725	29,70	2.001	9,51
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92
2006	12.292	7,36	22.866	15,61	6.072	15,85	3.447	13,28	8.055	27,08	1.638	7,24
2007	10.569	6,73	19.079	13,40	10.671	24,55	3.212	12,29	7.073	22,33	1.545	6,89
2008	12.996	7,76	21.113	14,27	17.510	34,66	3.909	14,28	9.131	28,60	2.258	8,96
2009	18.762	10,82	41.120	25,27	9.071	21,61	5.445	17,82	16.185	37,42	2.878	10,56
2010	9.556	6,49	17.616	12,76	5.464	15,61	4.043	12,95	5.991	17,44	2.093	7,52
2011	12.105	7,77	21.819	15,48	5.870	15,85	4.850	13,17	6.609	19,27	1.935	6,73
1998– 2011	196.599		375.833		137.043		62.107		134.323		36.889	

Angaben in Tsd. EUR | in %: Anteil an den Gesamteinnahmen | Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

Die Tendenz, dass sich zur Mitte der Legislaturperiode die Einnahmen aus Spenden reduzieren, zeigte sich auch im Berichtszeitraum: Die Einnahmen sanken auf einen Anteil von knapp unter sieben Prozent der Gesamteinnahmen. Dabei machten die Einnahmen aus Spenden von juristischen Personen, also von Unternehmen und Verbänden, nur einen Anteil von 1,3 Prozent an den Einnahmen der SPD aus, beim Parteivorstand sind es sogar weniger als 1 Prozent. Insgesamt aber bilden Spenden einen wichtigen Teil unserer Einnahmen. Und den verdankt die Partei zum ganz überwiegenden Teil den Genossinnen und Genossen. Denn sie sind es vor allem, die ihre Partei zusätzlich zu ihren Beiträgen auch mit ihren Spenden unterstützen.

Im Vergleich spielen die Einnahmen aus Spenden bei uns aber eine deutlich geringere Rolle als bei den meisten anderen Parteien. Vor allem die C-Parteien und die FDP erzielen deutlich höhere Anteile an ihren Einnahmen aus Spenden. Der immer wieder geäußerte Vorwurf, Parteien machten sich von Spenden abhängig, trifft uns also nicht.

Das bedeutet aber auch: Seit 1998 haben die Unionsparteien insgesamt mehr als eine halbe Milliarde EUR an Spenden eingenommen. Verglichen mit den Spendeneinnahmen der SPD in diesem Zeitraum bedeutet dies einen durchschnittlich jährlichen Vorteil von über 22 Millionen EUR für CDU und CSU.

Anteil der Spenden jur. Personen an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998–2011

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	Grüne	in %	FDP	in %	Linke	in %
1998	3.868	2,48	10.867	8,44	4.838	14,43	166	0,57	3.362	13,32	57	0,29
1999	3.184	2,03	9.093	6,87	3.089	9,48	200	0,76	1.617	6,89	67	0,32
2000	1.746	1,17	5.310	4,06	2.666	9,51	175	0,75	1.500	6,53	23	0,12
2001	3.194	2,00	7.093	5,41	3.438	9,94	591	2,48	2.190	8,51	63	0,31
2002	3.440	2,17	9.606	6,78	7.280	15,80	1.055	4,01	3.142	9,96	52	0,24
2003	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	279	1,07	1.165	4,20	28	0,13
2004	2.039	1,19	7.938	5,24	2.172	5,45	371	1,46	1.707	5,80	44	0,21
2005	3.282	1,94	15.008	9,43	4.255	10,25	948	3,56	3.920	12,10	35	0,16
2006	2.472	1,48	7.461	5,09	2.290	5,98	413	1,59	2.065	6,94	31	0,14
2007	2.095	1,33	6.661	4,68	3.318	7,63	383	1,47	1.878	5,93	20	0,09
2008	2.668	1,59	7.527	5,09	6.390	12,65	492	1,80	2.688	8,42	109	0,43
2009	4.217	2,43	14.949	9,19	4.114	9,80	919	3,01	5.797	13,40	178	0,65
2010	1.749	1,19	6.121	4,43	2.035	5,81	539	1,73	1.793	5,22	21	0,08
2011	2.450	1,60	7.276	5,15	2.281	6,16	860	2,34	1.738	5,07	29	0,10
1998–2011	38.053		119.522		51.628		7.391		34.562		758	
Ø		1,68		5,94		9,30		1,90		8,02		0,23

Angaben in Tausend EUR | in %: Anteil an den Gesamteinnahmen | Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

1.4 DIE EINNAHMEN AUS SPONSORING

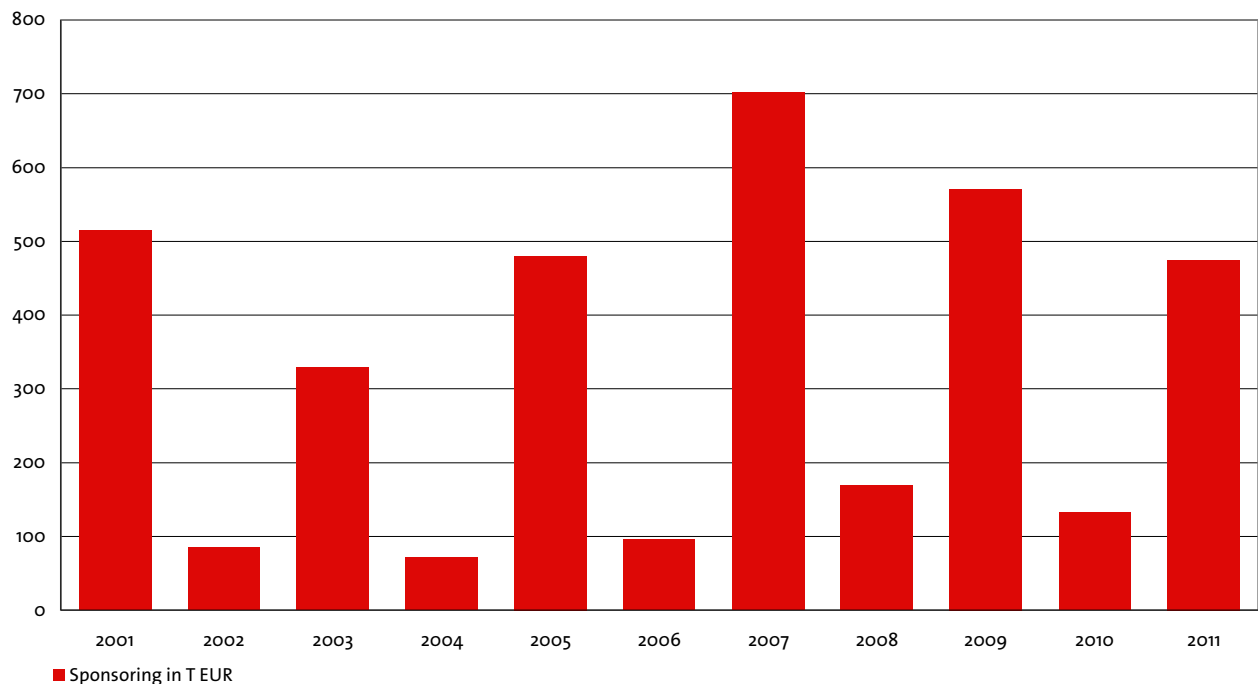
Mit der Vermietung von Ausstellerfläche an Unternehmen und Verbände auf dem ordentlichen Bundesparteitag 2011 in Berlin und auf dem a.o. Bundesparteitag in Hannover 2012 sind die Haupteinnahmen im Bereich Sponsoring erzielt worden. Daneben haben sich bewährte Formate, wie der Filmabend zur Berlinale oder besondere Veranstaltungen, wie das Fest zu „50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei“ 2011, als attraktiver Rahmen für einen werbewirksamen Auftritt von Unternehmen bewährt.

Auch in diesem Berichtszeitraum richtete sich der mediale Blick auf die Sponsorenpraxis der Parteien. Anlass bot die Berichterstattung über die Verwicklungen der niedersächsischen Staatskanzlei unter dem Ministerpräsidenten Christian Wulff beim „Nord-Süd-Dialog“, einer kommerziell organisierten Lobby-Veranstaltung, die nichts mit Parteiensponsoring zu tun hatte.



Die Schatzmeisterin und Lutz Johannsen am Stand von IMAGE auf dem a.o. Bundesparteitag 2012 in Hannover, Foto: Marco Urban

Sponsoringeinnahmen des Parteivorstandes in Tausend EUR



Dieser Vergleich zwischen Äpfel und Birnen führte so weit, dass Sponsoring zum (vermeintlichen) Trick von Unternehmen und Parteien erklärt wurde, um das Parteiengesetz zu umgehen. Als Nachweis dafür diente die „explosionsartige“ Zunahme von Sponsoring seit 2003 bei der Einnahmeposition „Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit“ in den Rechenschaftsberichten der Parteien.

Richtig ist: Seit dem Rechnungsjahr 2003 gilt für politische Parteien das Saldierungsverbot. In den Vorjahren mussten Einnahmen und Ausgaben miteinander verrechnet werden. Lediglich der überschüssende Betrag, also der Gewinn, wurde als Einnahme verbucht, in die auch Sponsoring einfließt. Ab dem Jahr 2003 mussten Einnahmen und Ausgaben mit ihrem vollen Betrag aufgeführt werden. Insofern ist selbstverständlich dieser Einnahmeposten erheblich größer geworden. Die darin enthaltenen Sponsoringeinnahmen des Parteivorstandes haben sich, abhängig davon, ob mehrtägige Bundesparteitage stattfanden und wie groß das Angebot an Ausstellerfläche war, auf vergleichbarem Niveau bewegt.

Der Kern von Sponsoring ist Öffentlichkeit. Auf unserer Homepage veröffentlichen wir daher die Liste der Aussteller, so dass nicht nur Delegierte, Journalisten und Gäste auf den Bundesparteitagen sehen, welche Unternehmen und Verbände vor Ort sind. Um die Transparenz in dem Bereich noch zu erhöhen, befürworten wir zudem die gesonderte Einnahmeposition Sponsoring im Rechenschaftsbericht ab der Ebene der Landesverbände.

1.5 EINNAHMEN AUS VERMÖGEN

Einnahmen aus Vermögen erzielt die Partei insbesondere aus der jährlichen Ausschüttung der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft (ddvg).

Im Vergleich zu der Ausschüttung in der vorangegangenen Berichtsperiode (2009/2010 18,3 Mio. EUR) wurden in den Jahren 2011/2012 9,7 Mio. EUR ausgeschüttet (alle Angaben jeweils vor Steuern).

Knapp die Hälfte der Ausschüttung wurde in 2011 für die Tilgung der Finanzierungsraten des Willy-Brandt-Hauses verwendet, der andere Teil für die auf die Bruttoausschüttung entfallenden Steuern und die Parteiarbeit.

In 2012 diente die Ausschüttung ausschließlich den abzuführenden Steuern und der Parteiarbeit.

	2011	2012
Tilgung Darlehen WBH	4.000.000,00 EUR	
Einnahmen aus Vermögen	2.500.000,00 EUR	1.700.000,00 EUR
Vermögensverwaltung (Steuern)	1.222.007,72 EUR	319.602,02 EUR

1.6 PARTEIINTERNER FINANZAUSGLEICH

Seit der Umstellung der staatlichen Parteienfinanzierung von der Wahlkampfkostenerstattung auf allgemeine staatliche Zuschüsse im Jahre 1994 gibt es einen besonderen Finanzausgleich zwischen Parteivorstand und Landesverbänden bzw. Bezirken.

Die Einbeziehung der Zuwendungen neben den erzielten Wählerstimmen als Basis für die Verteilung der staatlichen Mittel führte zu Verschiebungen gegenüber der früher nur auf dem Wähleranteil basierenden staatlichen Finanzierung. Besonders die Bundesländer mit großer Mitgliederdichte waren deutlich im Vorteil. Diese Ungleichgewichte müssen ausgeglichen werden.

Die Verteilung der staatlichen Mittel zwischen Landesverbänden und Parteivorstand hat sich seit 1991 entsprechend der Tabelle zur Verteilung der staatlichen Mittel entwickelt.

Während bis 1993 die staatlichen Mittel für die SPD zu 30 Prozent an die Landesverbände und zu 70 Prozent an den Parteivorstand gingen, beträgt dieses Verhältnis inzwischen 33 Prozent für die Landesverbände und 67 Prozent für

den Parteivorstand. Der Zuwachs an staatlichen Mitteln ist über den parteiinternen Finanzausgleich überwiegend an die Landesverbände gegeben worden. Sie erhalten heute gut elf Prozent mehr an staatlichen Mitteln als vor 1994, während die dem Parteivorstand verbleibenden staatlichen Mittel um ca. drei Prozent gesunken sind.

Seit 1994 erfolgt eine Festlegung der Verteilung der staatlichen Mittel auf ein Drittel zu zwei Dritteln. Dem steht die Beitragsverteilung von 85% zu 15% zugunsten der Gliederungen gegenüber.

Verteilung aus staatlichen Mitteln in Tausend EUR

	1991 – 1993		1994 – 2001		2002 – 2010		2011 – 2012		Veränderung	
	Ø pro Jahr		Ø pro Jahr		Ø pro Jahr		Ø pro Jahr		ggü. 1991 – 1993	
	T EUR	%	T EUR	%	T EUR	%	T EUR	%	in T EUR	in %
Landesverbände										
von den Landtagen	13.302		7.403		5.450		5.008			
aus Finanzausgleich	0		8.141		8.923		9.738			
LV-Gesamt	13.302	30%	15.544	33%	14.373	34%	14.746	33%	1.444	10,9%
Parteivorstand	30.996	70%	31.541	67%	28.459	66%	30.233	67%	-763	-2,5%
SPD-Gesamt	44.298	100%	47.085	100%	42.832	100%	44.979	100%	681	1,5%

Die Gesamtsumme der staatlichen Mittel für alle Parteien ist durch eine absolute Obergrenze begrenzt; von 1991 bis 1997 auf 117,59 Mio. EUR (= 230 Mio. DM), von 1998 bis 2001 auf 125,27 Mio. EUR (= 245 Mio. DM), von 2002 bis 2010 auf 133 Mio. EUR; 2011, 141,9 Mio. EUR; 2012, 150,8 Mio. EUR.

2. MITTELBEWIRTSCHAFTUNG UND HAUSHALTSENTWICKLUNG

Die Einnahmen deckten im Berichtszeitraum die Ausgaben des Betriebshaushaltes. Die für den Europa- und Bundestagswahlkampf 2013/2014 beschlossenen Rücklagen konnten im Berichtszeitraum gebildet werden:

Die Haushalte 2011 und 2012 standen unter dem Zeichen sich stabilisierender Einnahmen. So konnten die Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 2011/2012 gegenüber 2009/2010 um ca. 0,5 Mio. EUR erhöht werden.

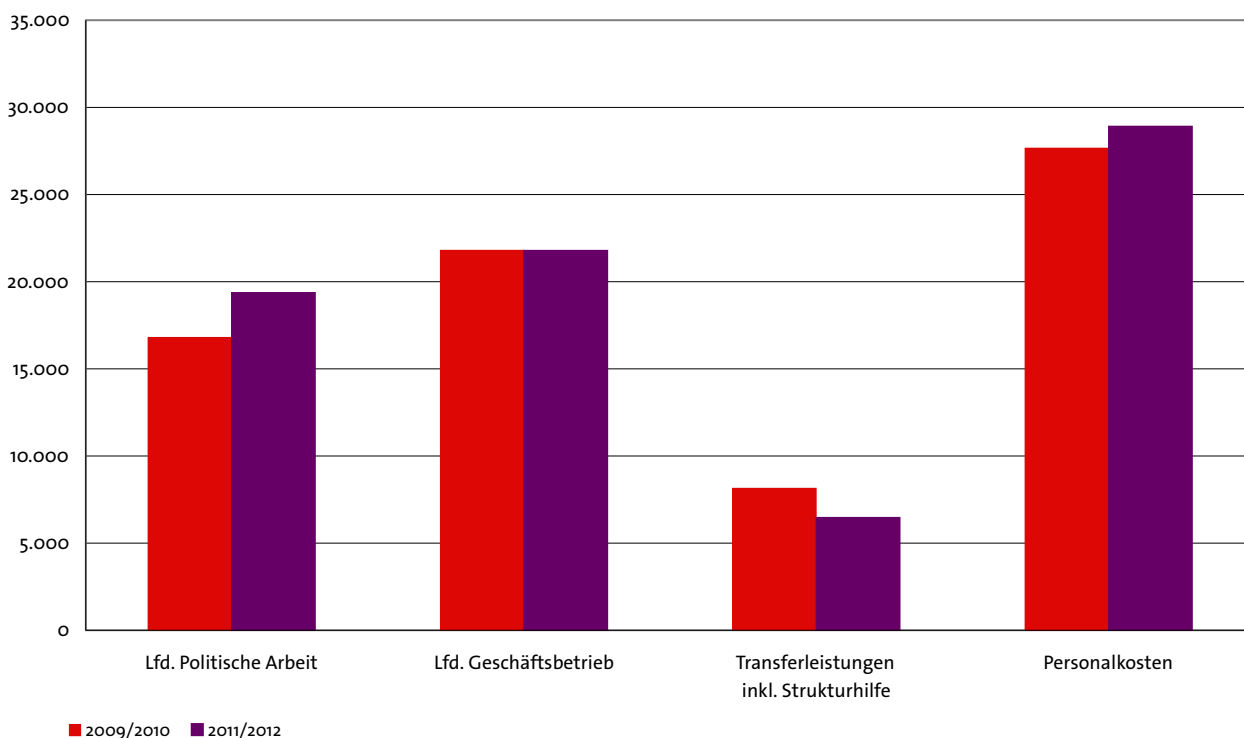
Die wichtigsten Einnahmen des Parteivorstandes sind nach wie vor seine Beitragsanteile sowie der Anteil des Parteivorstandes an den Staatlichen Mitteln. Gemessen an den Gesamteinnahmen betrug der Anteil der Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 20,1 Prozent (2009/2010:

21,0 Prozent) während der Anteil der Staatlichen Mittel 64,1 Prozent betrug (2009/2010: 56,3 Prozent). Insgesamt bestreitet der Parteivorstand mehr als vier Fünftel seiner Einnahmen aus diesen beiden Bereichen.

Im Berichtszeitraum 2011/2012 stiegen die Aufwendungen gegenüber 2009/2010 um ca. 2,8 Prozent. Der gestiegene Aufwand erfolgte für die Politische Arbeit inkl. Öffentlichkeitsarbeit. Er entsprach 2011/2012 einem Anteil von 25,3 gegenüber 2009/2010 einem Anteil von 22,6 Prozent.

Die Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb inkl. EDV entsprachen 2011/2012 einem Anteil von 28,5 Prozent (2009/2010: 29,3 Prozent).

Ausgaben im Vergleich in Tausend EUR

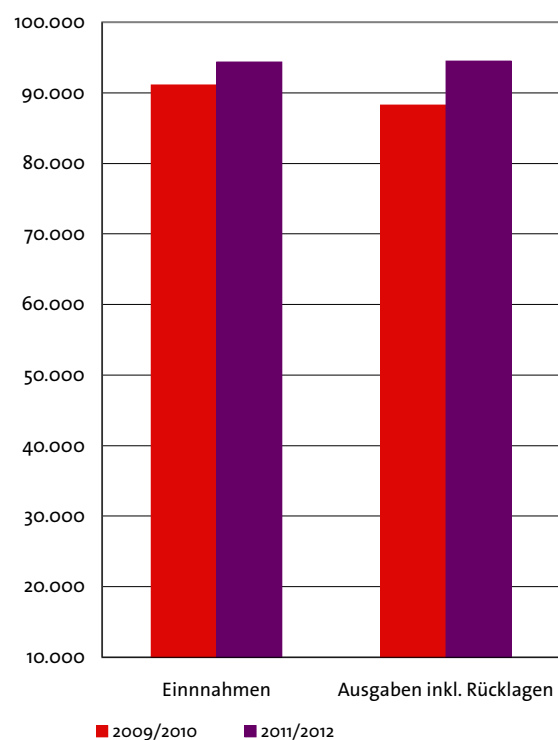


Die Entwicklung der Kosten für die EDV ist positiv. Nach der Verfünfachung dieses Aufwandes von 1995 bis 2000 (auf über 7 Mio. EUR), sanken diese Kosten seitdem kontinuierlich. Im Berichtszeitraum betrug der Aufwand für den Haushalt der EDV inkl. fortgesetzter intensiver Investitionen in einen newsdesk und eine neue Mitgliederverwaltung 6,4 Mio. EUR (2009/2010: 6,8 Mio. EUR).

Die Transferleistungen inkl. Strukturhilfe sind im Berichtszeitraum 2011/2012 gegenüber 2009/2010 rückläufig. Der Anteil an den Gesamtausgaben betrug im Berichtszeitraum 8,4 Prozent (2009/2010: 11,0 Prozent). Die Strukturhilfe macht mehr als die Hälfte der Transferleistungen aus. Der Anteil der Personalkosten stieg von 37,2 Prozent 2009/2010 auf 37,8 Prozent im Berichtszeitraum 2011/2012. Die Ausgabenpolitik des Parteivorstandes orientiert sich strikt an den tatsächlich erzielten Einnahmen. Trotz der Novellierung des Parteiengesetzes ist in Zukunft nur bedingt mit höheren Einnahmen zu rechnen. Daher müssen sich die Ausgaben analog zu den Einnahmen entwickeln und ein vernünftiges Verhältnis der Ausgaben für Politische Arbeit, Geschäftsbetrieb und Personalkosten gewahrt bleiben.

Die Haushaltsführung des Parteivorstandes für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 wurde überprüft und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen. Außerdem prüfte die Kontrollkommission laufend die Mittelbewirtschaftung des Parteivorstandes.

Einnahmen und Ausgaben im Vergleich in Tausend EUR



3. STRUKTURHILFEN FÜR DIE OSTDEUTSCHEN LANDESVERBÄNDE

Die bereits 1990 auf dem Berliner Parteitag beschlossene Strukturhilfe für die ostdeutschen Landesverbände dient der Sicherung einer handlungsfähigen Organisation und wird durch die Mitglieder aller Bundesländer getragen.

In den neuen Bundesländern waren im Jahr 2011 38.224 Personen Mitglieder der SPD, im Jahr 2012 gab es einen leichten Rückgang auf 37.913. Der Durchschnittsbeitrag erhöhte sich von 11,77 EUR im Jahr 2011 auf 11,80 EUR im Jahr 2012.

Der vom Mitgliedsbeitrag aller Mitglieder der SPD einbehaltene Anteil für die Strukturhilfe liegt seit Jahren konstant bei 0,26 EUR je Monatsbeitrag.

Insgesamt erhielten die ostdeutschen Landesverbände in den Jahren 2011 und 2012 hieraus zusammen 2,9 Mio. EUR.

Darüber hinaus hat der Parteivorstand aus seinem Betriebshaushalt eine ergänzende Strukturhilfe in Höhe von insgesamt 1,43 Mio. EUR geleistet, wobei auf das Jahr 2011 750 T EUR und 675 T EUR auf 2012 entfallen.

Den ostdeutschen Landesverbänden wurden in den Jahren 2011 und 2012 somit 4,33 Mio. EUR zur Verfügung gestellt; 2,2 Mio. EUR in 2011 und 2,1 Mio. EUR in 2012.

Auf die Strukturhilfe werden diese auch in den kommenden Jahren angewiesen sein.

SEPA-EINFÜHRUNG 2014: EINE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE ORGANISATION

Am 1. Februar 2014 ist es soweit: SEPA kommt! Die Umstellung von teilweise seit Jahrzehnten verwendeter Zahlungsinstrumente bedeutet auch für die SPD eine große Herausforderung. So zahlen weit über 90 Prozent der Mitglieder ihren Beitrag über die Lastschrift. Die aber wird es künftig so nicht mehr geben. Dafür wird das sogenannte SEPA-Lastschriftmandat eingeführt, das gravierende technische und organisatorische Anpassungen von uns verlangt. So müssen u. a. alle Mitglieder, die ihren Beitrag über den Lastschrifteinzug zahlen, über die Überführung in ein SEPA-Mandat informiert werden. In der Mitgliederkartei müssen alle Bankverbindungen geändert werden, statt Bankleitzahl und Kontonummer werden wir künftig nur noch die IBAN, die Internationale Kontonummer, verwenden können.

Aber auch der Zahlungsverkehr zwischen den Gliederungen der Partei wird von den neuen Regelungen und Auflagen betroffen sein. So gilt es künftig, feste Fristen einzuhalten, damit in Rechnung gestellte Beträge von einem Konto eingezogen werden können. Das muss arbeitsorganisatorisch berücksichtigt und sichergestellt werden.

Jede Gliederung der Partei wird sich mit SEPA beschäftigen müssen. Die eigene SEPA-Bankverbindung muss in Erfahrung gebracht und z. B. auch auf dem Briefpapier eingedruckt werden, Überweisungen werden ab Februar nur noch mit SEPA-Formularen möglich sein.

Die zentralen Änderungen, also die Anpassungen in der MAVIS und beim Beitragseinzug, werden durch den Parteivorstand sichergestellt. Und für Fragen zu SEPA haben wir eine Email-Adresse eingerichtet: sepa@spd.de

4. DER UNTERNEHMENSBEREICH

4.1 KONZENTRATION GMBH

Mehr als 110 Immobilien-Objekte umfasst der Grundbesitz der SPD. Darunter befinden sich traditionsreiche Häuser ebenso wie moderne Büroetagen und Ladenflächen für die politische Arbeit vor Ort.

Die Objekte stehen im wirtschaftlichen Eigentum des Parteivorstandes (entsprechend §25 der Finanzordnung); werden aber treuhänderisch für diesen von der Konzentration GmbH, der Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH (für das Willy Brandt Haus) und einigen lokalen Grundstücksgesellschaften verwaltet.

Der Immobilienbesitz und die Konzentration GmbH sind historische Konstanten der Parteiarbeit der SPD in ihrem Jubiläumsjahr 2013. Darüberhinaus stellen die Immobilien einen wesentlichen Bestandteil des Parteivermögens dar. Bei einem bilanziellen Gesamtvermögen i.H.v. knapp 183 Mio. EUR (Stand 31.12.2011) entfielen grob 122 Mio. EUR auf das Haus- und Grundvermögen, sowie die Ausstattung der Geschäftsstellen.

Es hat sich erwiesen, dass der Grundbesitz eine wichtige Stütze der kontinuierlichen politischen Arbeit vor Ort ist: Da, wo die Partei Immobilien-Eigentum besitzt, hat sie auch einen festen Anlauf- und Orientierungspunkt und kann auch einmal ein schlechtes Wahlergebnis überstehen ohne sich um die grundlegende organisatorische Basis sorgen zu müssen. Die Partei ist darüberhinaus ein nahezu „idealer“ nachhaltiger Immobilieninvestor mit einem langen Atem, Geduld und ohne den Zwang der kurzfristigen Rendite-Optimierung. Daher ermutigt und unterstützt die Konzentration Gliederungen der Partei bei ihrem Wunsch, Immobilien-Eigentum zu erwerben, zu finanzieren, nachhaltig zu pflegen und zu entwickeln. Dabei hilft ihr ein Netzwerk von Experten, egal ob es um die Marktevaluati-on, die Immobiliensuche, die Finanzierung oder um Um-bau, Sanierung, die Vermietung oder die Voll-Verwaltung von Immobilien geht.



SPD-Haus in München, Foto: Konzentration GmbH

Im Berichtszeitraum hat sich die Konzentration insbesondere auf die Sanierung des vorhandenen Immobilienbesitzes konzentriert. Große Sanierungs- und Instandhaltungsprojekte in einem Gesamtvolumen von 1,043 Mio. EUR standen z.B. in Jena, Augsburg, München und Leipzig an und wurden inzwischen abgeschlossen. Seitens der Partei gibt es fortlaufend Wünsche für die bauliche Weiterentwicklung vorhandener Immobilien, ihre energetische Optimierung (Fassadensanierung, Photovoltaik etc.) und funktionale ertüchtigung. Diese Maßnahmen werden sorgfältig mit den Genossinnen und Genossen vor Ort geplant und – wo möglich – mit lokalen/regionalen Firmen realisiert.

Auch in den Jahren 2011 und 2012 gingen die Bemühungen um die Restitution enteigneten Partei-Vermögens in den neuen Bundesländern weiter. Mehr als 20 Jahre nach der Vereinigung stehen noch einzelne Verfahren aus. Wir hoffen, diese im Jahr 2013, spätestens im ersten Halbjahr 2014, abschließen zu können.

Seit Ende 2012 hat die Konzentration einen Prozess der kritischen Analyse des Immobilienportfolios der Partei angestoßen. Immobilien, die keine Bedeutung für die politische Arbeit der Partei haben und wirtschaftlich nicht bedeutsam sind, sollen veräußert werden. In diesem Zusammenhang hat es bereits 2012 und 2013 erste Veräußerungen gegeben. Auf der anderen Seite sollen politisch und/oder wirtschaftlich starke Objekte weiterentwickelt werden. Langfristig wäre es für die politische Arbeit der Partei sicher ratsam, wenn arrondierend Immobilienbesitz regional dort aufgebaut wird, wo es für die politische Arbeit sinnvoll ist und einen sicheren langfristigen Vermögenserhalt verspricht.



Ausstellungseröffnung „Breaking the Silence“,
Foto: Holger Biermann

4.2 VERWALTUNGSGESELLSCHAFT BÜROHAUS BERLIN MBH

Innerhalb der Immobilienbewirtschaftung nimmt die Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH (VBB) eine Sonderstellung ein, da sie nicht nur die übliche Liegenschaftsverwaltung übernommen hat, sondern das Willy-Brandt-Haus als Parteizentrale der SPD und als Tagungs- und Veranstaltungsort mit mehreren hundert Sitzungen, Tagungen, Kongressen (auch für Drittmietern) im Jahr betreibt. Daneben erbringt die VBB direkte Dienstleistungen für den Parteivorstand. Beispiele: Telefon- und Handymanagement und Veranstaltungsdienstleistungen für die zahlreichen Parteiveranstaltungen im Haus.

Die Abrechnung erfolgt jährlich zu Gunsten und zu Lasten des Parteivorstands über einen Dienstleistungsvertrag. Die VBB nimmt die Eigentumsrechte am Haus lediglich treuhänderisch für den Parteivorstand wahr. Das Haus gehört der Partei.

Der laufende Unterhalt des Hauses wird aus einem Nutzungsentgelt des Parteivorstandes, Mieteinnahmen von Drittmietern und Einnahmen aus dem Konferenz- und Tagungsgeschäft finanziert.

Eine der wichtigsten Aufgaben der VBB besteht weiterhin in der „fernsehgerechten“ Ausgestaltung und der Pflege des ganzen Gebäudes. Dabei bedient sie sich aufgrund der Gebäudegröße und der anspruchsvollen Gebäudetechnik eines externen Partners, der mit dem technischen Gebäudemanagement beauftragt ist.

In einem im Juni 2013 erstellten Gutachten eines vereidigten Immobilien-Sachverständigen wurde dem Gebäude erneut ein stringentes Instandhaltungsmanagement und ein überdurchschnittlich guter baulicher Zustand bestätigt. Die laufenden Instandhaltungsaufwendungen nehmen, mehr als 15 Jahre nach der Eröffnung, deutlich zu, so dass in den kommenden Jahren weiterer Investitionsbedarf besteht, wenn das erreichte Niveau gehalten werden soll.

In dem vorangegangenen Finanzbericht (2009 und 2010) wurden die noch offenen Bankverbindlichkeiten des Gebäudes aus der Bauphase mit 21,7 Mio. EUR angegeben (Stand: 31.12.2010). Sie konnten in dem Berichtszeitraum deutlich auf 17,6 Mio. EUR (31.12.2012 – noch nicht testiert) reduziert werden. Dazu haben insbesondere Ausschüttungen der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH beigetragen, auf die das Haus – auch in den folgenden Jahren – aufgrund der noch vorhandenen Zins- und Tilgungslasten angewiesen sein wird.

Wie im letzten Finanzbericht angekündigt, konnte das aktuell niedrige Zinsniveau genutzt werden, um die Zinslasten zu reduzieren und Zinssicherheit für die Hypothekendarlehen bis 2022 bzw. 2024 zu erreichen. Das gibt der Partei langfristig finanzielle Planungssicherheit.

Das Willy-Brandt-Haus ist nicht nur der Sitz des Parteivorstandes, sondern auch ein Ort gesellschaftspolitischer Debatte und kultureller Kommunikation. Dazu tragen insbesondere die zahlreichen Ausstellungen und Veranstaltungen des „Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V.“ bei.

www.Willy-Brandt-Haus.de



Willy-Brandt-Haus Berlin, Foto: VBB



Foto: Dirk Uhlenbrock

4.3 DEUTSCHE DRUCK- UND VERLAGSGESELLSCHAFT MBH

150 Jahre Geschichte

Schon bald nach ihrer Gründung vor 150 Jahren begann die SPD eigene Zeitungen und Bücher zu verlegen und zu drucken. 1876 erschien erstmals der Vorwärts. Über viele Jahre konnte mit erheblichem Einsatz unzähliger Mitglieder ein beachtliches Vermögen aufgebaut werden. Diese Entwicklung verlief nicht immer gradlinig, oft hatten SPD und ihre Unternehmen mit Schwierigkeiten, häufig um ihre Existenz zu kämpfen: Mehrfach wurde die SPD in ihrer Geschichte enteignet. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 hatte auch die damaligen Unternehmen der SPD schwer getroffen. Von den Nazis enteignete Druckereien und Verlage wurden im 2. Weltkrieg schwer beschädigt und teilweise nach Kriegsende demontiert. In den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts gerieten viele Presseunternehmen der Partei in unruhiges Fahrwasser. Über 250 Millionen DM Schulden waren zu bewältigen. Mit großer Kraftanstrengung gelang es letztlich, diese historische Last abzutragen und den Unternehmensbereich der SPD zu sanieren. Hier kommt ein großer Verdienst dem im Jahr 2010 verstorbenen Schatzmeister Prof. Dr. Friedrich Halstenberg zu.

Immer wieder gab es den Versuch von Union und FDP mit juristischen „Taschenspielertricks“ die Medienbeteiligungen der SPD zu beseitigen – erst das Bundesverfassungsgericht hat diesem Treiben 2008 einen Riegel vorgeschoben.

Seit 1971 besteht die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg) als Holding- Gesellschaft des SPD-Parteivorstandes; sie hält für die SPD die Beteiligungen im Medienbereich mit dem Schwerpunkt der Regionalzeitungen. Die ddvg ist der Tradition der sozialdemokratischen Unternehmungen verpflichtet. Ihre Entscheidungen orientieren sich streng nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, ohne dabei die sozialen Verpflichtungen unternehmerischen Handelns zu ignorieren.

Das Engagement im Segment der regionalen Tageszeitungen trägt zum Erhalt einer lebendigen mittelständischen Presselandschaft bei. Dabei vermeidet die ddvg beherrschenden Einfluss und hält in der Regel Minderheitsbeteiligungen.

Transformation der Medienwelt

Die Medienwelt wandelt sich. Im Onlinezeitalter verändert sich der Zugang zu Informationen und der Umgang mit ihnen in atemberaubender Geschwindigkeit:

- Die große Mehrheit der Menschen nutzt heute regelmäßig das Internet.
- Seit bald zehn Jahren spielen soziale Netzwerke eine wichtige Rolle für die Verbreitung von Nachrichten.
- Im Netz verlieren die bisherigen Unterscheidungsmerkmale der etablierten Mediengattungen wie Fernsehen, Radio und Print an Relevanz.
- Neue Akteure treten als selfpublisher, z. B. mit Blogs, auf den Markt.
- Mit der Entwicklung des Smartphones sowie der Etablierung des Tablets hat mobile Kommunikation einen vorher nicht geahnten Stellenwert erreicht etc.

Print unter Druck

Die Medienmärkte werden kräftig durchgeschüttelt. Insbesondere Print ist davon betroffen: Wohnungssuche, Autokauf und Jobsuche finden heute fast ausschließlich im Netz statt. Die früher ertragsstärksten Anzeigenmärkte für Tageszeitungen sind seit 2001 auf einen Bruchteil ihrer damaligen Größe geschrumpft.

Gleichzeitig lässt das geänderte Mediennutzungsverhalten vor allem jüngerer Menschen die Abo-Auflagen der Tageszeitungen sinken.

Die demografische Entwicklung tut ihr Übriges: Die Bevölkerung, vor allem in ländlichen Regionen, entwickelt sich rückläufig und für die Tageszeitungen ist ebenfalls relevant, dass Migranten deutsche Medien in deutlich geringerem Maße nutzen, d.h. auch dort, wo die Bevölkerungszahl dank Migration stabil bleibt, sinken demografiebedingt die Auflagen.

Die rückläufigen Auflagen setzen wiederum die Attraktivität der Gattung Tageszeitung für Werbekunden unter Druck:

Der Discounter-Einzelhandel ist in den vergangenen zwei Jahren fast komplett von der Tageszeitung als Werbeträger auf die Direktverteilung umgestiegen, weil er sich davon eine höhere Haushaltsabdeckung verspricht.

Außerdem stärkt die Möglichkeit kostengünstigerer und zumindest vermeintlich zielgenauerer Werbung über das Netz den Onlinewerbemarkt v.a. zulasten von Printprodukten. Während die Tageszeitungen von 2010 bis 2012 rund 400 Mio. EUR Werbeeinnahmen verloren haben (ZAW-Statistik), hat der Onlinemarkt im gleichen Zeitraum um rund 1,1 Mrd. EUR zugelegt (OVK-Werbestatistik).

Die Reaktionen der Verlage auf die beschriebenen Umsatzrückgänge lassen sich wie folgt beschreiben:

Der Trend zu Übernahmen mit dem Ziel, größere Einheiten zu bilden, verstärkt sich. Beispielhaft hierfür ist die Expansion der Mediengruppe Madsack durch die Übernahme von Regionalzeitungen von Axel Springer und der Märkischen Allgemeinen. Hierbei geht es auch darum, durch Verknüpfung redaktioneller oder administrativer Ressourcen Einsparungseffekte zu erzielen.

■ Viele Verlage gehen den Weg gegenseitiger Kooperationen, um Synergien zu erreichen.

■ In nahezu jedem Verlag der Republik wird ein Kostensenkungsprojekt nach dem anderen auf- und umgesetzt.

■ Teils werden engagierte Versuche gestartet, mit Geschäften abseits des journalistischen Kerngeschäfts neue Umsatzfelder zu erschließen.

Die Einstellung der Financial Times Deutschland und der Nürnberger Abendzeitung sowie die Insolvenz der Frankfurter Rundschau (FR) haben Ende 2012 für jeden Beobachter erkennbar werden lassen, dass da, wo keiner der oben beschriebenen Wege noch Besserung verspricht, das journalistische Produkt selbst auf der Kippe steht.

Einen Sonderfall stellt das von der WAZ (jetzt Funke-Mediengruppe) beschlossene Aus für die Redaktion der Westfälischen Rundschau dar. Der Versuch, einen Titel ohne jede eigene lokale oder regionale Kompetenz am Markt zu halten mutet befremdlich an. Zumal genau diese Kompetenz das Alleinstellungsmerkmal der regionalen Tageszeitung geblieben ist, das es aus Verlegersicht jetzt zu stärken gilt.

Im Sommer 2013 wurde die Medienwelt vom Verkauf der Traditionsblätter Berliner Morgenpost und Hamburger Abendblatt durch die Axel Springer AG an die Funke Mediengruppe überrascht. Dieser Vorgang hat noch einmal die beiden Hauptbewegungen unterstrichen, die im Medienmarkt zu beobachten sind:

Einige Häuser verabschieden sich Stück für Stück vom Journalismus als Kernprodukt des Hauses und entkoppeln Wertschöpfung und Contenterstellung, andere gehen den Weg des Wachstums, um Synergien erzielen und Skaleneffekte – also Kosten senken – heben zu können.

Das Ende dieser Entwicklung ist offen aber es besteht Anlass zur Wachsamkeit. Ein Abbruch der im europäischen und weltweiten Vergleich sehr vielfältigen und qualitätsvollen journalistischen Tradition in diesem Bereich wäre nicht ohne Folgen für das demokratische Gemeinwesen. Deshalb bleibt es Aufgabe von Politik und Verlagen, die Transformation des Medienmarkts so zu begleiten und zu gestalten, dass die öffentliche Aufgabe der vierten Gewalt auch in Zukunft unabhängig wahrgenommen werden kann.

Durchgängig positive Betriebsergebnisse der ddivg – Sondereffekte belasten das Unternehmensergebnis

Auch die ddivg war von den oben beschriebenen Entwicklungen im Tageszeitungsmarkt betroffen. Am deutlichsten sichtbar wurde dies im November 2012 durch die Insolvenz der „Druckhaus Frankfurt a. M. GmbH (FR), an der die ddivg 40% der Kapitalanteile hielt. Trotz aller Schwierigkeiten im Segment der Tageszeitungen konnte die ddivg sowohl in 2011 als auch in 2012 deutlich positive Betriebsergebnisse von 15,9 Mio. EUR (2011) und 13,0 Mio. EUR (2012) erzielen.

Die notwendigen Wertberichtigungen u.a. aus der Situation der FR wirkten sich auf das ddivg-Unternehmensergebnis aus, das 0,9 Mio. EUR in 2011 und -14,1 Mio. EUR in 2012 auswies. Neben dem Sondereffekt aus der Situation der Frankfurter Rundschau trug auch die Schließung einer Rollen-Offset-Druckerei in Bayreuth Anfang 2012 maßgeblich zu dem negativen Unternehmensergebnis in 2012 bei.

Der Cashflow im Berichtszeitraum unterstreicht die solide Verfassung des Unternehmens. Er belief sich in 2011 auf 13,2 Mio. EUR und im Folgejahr auf 9,7 Mio. EUR.

Das Portfolio der ddivg behält im Berichtszeitraum einen Schwerpunkt im regionalen Zeitungsegment. Die Beteiligungsergebnisse aus den Medienbeteiligungen beliefen sich auf 17,8 Mio. EUR (2011) bzw. 16,7 Mio. EUR (2012).

Auch die Verlagsbeteiligungen der ddivg müssen ihre Antwort auf die Veränderungen im Mediengeschäft finden. Es entspricht der Rolle und dem Verständnis der ddivg, ihren Beteiligungsverlagen kein vermeintliches Patentrezept zu verordnen, sondern gemeinsam mit den jeweiligen Partnern (und meist Mehrheitsgesellschaftern) nach strategischen Antworten für das jeweilige Unternehmen zu suchen und ggf. auch aus der Gesellschafterfunktion heraus zu unterstützen. Ein Beispiel dafür ist der Mehrheitserwerb der Märkischen Allgemeinen durch die Hannoveraner Mediengruppe Madsack, den die ddivg durch Eintritt in die (Minderheiten-)Investorengruppe flankiert hat.

Aus dem Portfolio ausgeschieden ist die FR. Grund hierfür ist die Insolvenz des Unternehmens Ende 2012. Die Insolvenz war unausweichlich, nachdem der nochmalige starke Rückgang im Anzeigengeschäft ab dem 2. Quartal des Jahres 2012 keine Planung mit einem auch nur annähernd ausgeglichenen Ergebnis mehr zuließ.

Ob die FR als unabhängige links-liberale Stimme erhalten bleibt (was das Ziel des Einstiegs der ddivg bei der FR im Jahr 2004 war), wird sich – nach der Übernahme des Titels durch die Frankfurter Societäts-Druckerei (FAZ) – in Zukunft erweisen müssen. Der Abbau von rund 400 Arbeitsplätzen in Druckerei, Verlag und Redaktion war ein herber Schlag für die Betroffenen. Die ddivg und der ehemalige Mehrheitseigentümer, das Kölner Medienhaus M. DuMont

Schauberg, haben zur Absicherung einer Transfergesellschaft insgesamt 4,8 Mio. EUR zur Verfügung gestellt und auch damit (zusätzlich zum Erhalt des Unternehmens seit 2004) ihre sozialen Verantwortung wahrgenommen.

Es gibt eine ganze Reihe von Ursachen dafür, weshalb es nicht gelungen ist, die FR wieder in sicheres Fahrwasser zu bringen. Maßgeblich sind einerseits lange zurückliegende Versäumnisse in den 1990´er Jahren, die die FR bereits kränkelnd in die Medienstrukturkrise haben wanken lassen und eine Marktentwicklung, die im Vergleich von heute zu 2003 zu einer Niveaureduktion des Umsatzes beim Verlagshaus der FR in Höhe von 41 Mio. EUR geführt hat.

Für die Jahre ab 2004 (Einstieg der ddvg) oder 2006 (Übernahme der Mehrheit durch M. DuMont) lässt sich sicherlich im Nachhinein über manche Maßnahme und deren Wirkung trefflich streiten (z. B. über die Formatumstellung, zögerliches Herangehen an das Onlinethema etc.). Letztlich hat der zweimalige Abschwung der Anzeigenumsätze und damit auch der Fremddruckumsätze im Jahr 2009 und im zweiten Quartal 2012 dem Projekt FR die Luft zum Atmen genommen. Dass die FR im Vergleich zu anderen Titeln diesen Abschwüngen weniger Substanz entgegenzusetzen hatte, lag an einer prekären Marktposition, die sich spätestens Ende des vergangenen Jahrhunderts ergeben hatte.

Nicht zuletzt aufgrund der schmerzlichen Erfahrungen bei der FR wird die ddvg ihr Engagement für eine Zukunftssicherung ihrer Verlagsbeteiligungen nochmals verstärken, auch wenn hierbei sehr unbequeme Wege gegangen werden müssen.

Da die Personalkosten im Medienbereich den mit Abstand größten Kostenblock ausmachen, kann der beschriebene Rückgang der Umsätze nicht ohne Auswirkungen auf die Personalkosten bleiben. Bislang haben die Tarifparteien leider seit Jahren versäumt, eine tragfähige Struktur in Mantel- und Gehaltstarifverträgen für Redakteure, Verlagsangestellte und Druckereikräfte zu vereinbaren. Das Ergebnis hiervon ist eine Erosion des Flächentarifvertrages und eine Flucht von Verlagen in OT-Mitgliedschaften, die Ausgründung in tariffreie (oder günstigeren Tarifen unterfallende) Unternehmen, echte Fremdvergabe von Leistun-

gen etc. Die ddvg beobachtet diese Entwicklung mit Sorge, wird aber – wenn es nicht gelingt, eine zukunftsfeste Neustrukturierung des Tarifgefüges zu erreichen – dieser Entwicklung auch in den eigenen Beteiligungen nichts entgegenzusetzen können. Allerdings wird die ddvg in jedem Fall dafür Sorge tragen, dass journalistische Qualität gehalten werden kann. Hierzu gehört auch, Einstiegskorridore für junge Redakteurinnen und Redakteure zu schaffen, ohne die der Wandel der Zeitungen zu (auch digitalen) Medienhäusern nicht gelingen kann.

Einstieg in digitale Geschäftsmodelle

Die ddvg arbeitet bereits seit 2005 daran, mit ihren Beteiligungen digitale Geschäftsmodelle zu entwickeln. Mit der schon lange bestehenden Beteiligung am Edutainment-Verlag Tivol@, dem Einstieg beim Selfpublishing-Anbieter Tredition und der Beteiligung an der KuK Applikationen GmbH (Erstellung von Smartphone-Lösungen im Kunst- und Kulturbereich), ist die ddvg bereits eigene Schritte bei der Portfolioerweiterung in den digitalen Bereich gegangen. Mit dem Erwerb von Anteilen an avocadostore.de und der Gründung der tivol@-ventures verstärkt die ddvg diesen Bereich und sieht hierin ein strategisches Wachstumsfeld. Tivol@ ist es gelungen, als Spieleanbieter im Bildungssegment eine starke Positionierung im globalen App-Markt zu erreichen. Tredition hat sich eine kontinuierlich positive Tendenz als selfpublisher mit einer hohen Reputation im Kundenstamm erarbeitet. KuK hat neben der App für Potsdam-Sanssouci auch die Applikation für die IBA in Hamburg gestaltet und stellt sich als Anbieter für Stiftungen auf.

Wie beim Einstieg in avocadostore.de sollen auch zukünftige neue Engagements Anknüpfungspunkte dafür bieten, Kooperationen mit starken regionalen (Tageszeitungen) oder nationalen Beteiligungen (Ökotest) zu bilden.

Außerdem verfolgen die Verlagsbeteiligungen der ddvg ihre digitalen Strategien weiter. Ein markantes Beispiel hierfür ist die Mediengruppe Madsack, die mit dem Konzept der Madsack-Media-Stores (u. a. in Hannover und Leipzig) einen neuen Vertriebsweg erschlossen hat.



Reise mit dem SPD-ReiseService zum Nuukfjord, Grönland,
Foto: SPD-ReiseService

Weitere Geschäftsbereiche

Das Druckereigeschäft ist im Berichtszeitraum weiterhin sehr unbefriedigend verlaufen. In beiden Bogenoffset-Druckereien der ddvg (Lübeck und Braunschweig) wurden umfangreiche Maßnahmen vorgenommen, um als tarifgebunden arbeitende Unternehmen im Wettbewerb Stand halten zu können. Es zeigt sich aber, dass der Preisdruck im Printmarkt auch hier die Tarifbindungen auflöst und zu Tarifkonditionen kaum noch kostendeckende Aufträge akquiriert werden können. Die schwierige Situation im Printsegment war dafür ausschlaggebend, die Rollen-Offset-Druckerei in Bayreuth (bd+m) im Frühjahr 2012 zu schließen.

Licht und Schatten gibt es im Tourismusgeschäft. Der SPD-Reiseservice verzeichnet nach wie vor wachsende Verkaufszahlen. Die 2012 etablierte Marke Ambiente-Kreuzfahrten ist ebenfalls mit guten Verkaufszahlen in das Geschäft gestartet. Allerdings hat die Insolvenz des Schiffseigners im Herbst 2012 zu erheblichen Verlusten geführt, die sich auch im Unternehmensergebnis der ddvg 2012 ausgewirkt haben. Nach einer umfangreichen Marktprüfung wird Ambiente ab März 2014 mit einer neuen Kooperation das Geschäft wieder aufnehmen.

5. FINANZEN DER GESAMTPARTEI FÜR DAS JAHR 2011 IM VERGLEICH

Die SPD konnte im Jahr 2011 Gesamteinnahmen in Höhe von 155,7 Mio. EUR verzeichnen. CDU und CSU zusammen verzeichneten Einnahmen in Höhe von fast 178 Mio. EUR.

Wie auch in vorangegangenen Jahren stellten die Mitgliedsbeiträge mit 30,5 % den größten Einnahmeposten dar, bei CDU und CSU ist dies die Einnahme aus staatlichen Mitteln mit 31 %. Rechnet man Mitglieds- und Mandatsträgerabgaben zusammen, so finanziert sich die SPD zu 45,0 % aus Beiträgen, die CDU zu 40,8 % und die CSU zu 35,8 %. Die Zahlungen unserer Mitglieder- und Mandatsträger sind, wie in den Vorjahren, weiterhin unsere entscheidende Einnahmequelle.

Im Vergleich zu den Unionsparteien und der FDP erhält die SPD sehr viel weniger Spenden. Das trifft besonders für Großspenden aus der Wirtschaft und von vermögenden Privatpersonen zu. Spenden machen somit nur einen kleinen Teil unserer Einnahmen aus. Die Unionsparteien haben im Jahr 2011 Spenden (natürliche und juristische Personen) in Höhe von ca. 27,7 Mio. EUR erhalten, während die SPD Spenden in Höhe von 12,1 Mio. EUR erhalten hat. Die FDP konnte Spenden in Höhe von 6,6 Mio. EUR vereinnahmen.

Einerseits bedeutet dies, dass die SPD über ein hohes Maß an Unabhängigkeit verfügt. Andererseits heißt das aber auch, dass die SPD ihre finanziellen Mittel durch andere Quellen ergänzen muss. Dies geschieht auch durch den Unternehmensbereich der SPD, der in 150 Jahren Parteigeschichte aufgebaut wurde und einen stabilen Beitrag zu den Einnahmen leistet. In 2011 konnte die SPD aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen Einnahmen in Höhe von ca. 8,2 Mio. EUR verzeichnen,

Die Ausgaben der Gesamtpartei beliefen sich im Jahr 2011 auf 141,5 Mio. EUR. CDU und CSU zusammen gaben 164,3 Mio. EUR aus.

Für Personal und den laufenden Geschäftsbetrieb wendete die SPD über 50% ihrer Ausgaben auf.

Die SPD verfügt über ein Reinvermögen in Höhe von 188 Mio. EUR. Bei den Besitzposten entfallen 112,5 Mio. EUR auf Haus- und Grundvermögen.

Rechenschaftsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2011

	SPD		CDU		CSU	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Einnahmen						
Mitgliedsbeiträge	47.475.028	30,50	40.073.280	28,43	10.198.757	27,54
Mandatsträgerbeiträge & ähnl. regelm. Beiträge	22.631.148	14,54	17.477.238	12,40	3.047.846	8,23
Spenden von nat. Pers.	9.605.271	6,17	14.552.918	10,33	3.588.508	9,69
Spenden von jur. Pers.	2.499.629	1,60	7.265.832	5,15	2.281.128	6,16
Einn. aus Unternehmens- tätigkeit u. Beteiligungen	8.174.010	5,25	966	0,00	0	0,00
Einn. aus sonst. Vermögen	8.824.288	5,67	3.486.533	2,47	370.644	1,00
Einn. aus Veranstalt., Vertrieb von Druckschr. etc.	13.661.571	8,78	12.617.623	8,95	7.029.953	18,98
Staatliche Mittel	42.407.425	27,24	44.641.547	31,67	10.411.577	28,11
Sonstige Einnahmen	396.953	0,25	843.567	0,60	109.314	0,29
Gesamt	155.675.323	100,00	140.959.504	100,00	37.037.727	100,00
Ausgaben						
Personalausgaben	46.371.317	32,77	41.997.874	31,73	9.837.128	30,83
Lauf. Geschäftsbetrieb	28.612.269	20,22	27.955.620	21,12	7.094.291	22,24
Allg. politische Arbeit	32.130.740	22,70	30.659.413	23,16	13.680.972	42,88
Wahlkämpfe	24.134.464	17,05	27.014.731	20,41	889.233	2,79
Vermögensverwaltg. einschl. sich hieraus ergebend. Zinsen	9.730.245	6,88	2.329.149	1,76	0	0,00
sonstige Zinsen	430.370	0,30	408.958	0,31	260.468	0,82
sonstige Ausgaben	114.907	0,08	1.999.947	1,51	141.023	0,44
Gesamt	141.524.312	100,00	132.365.692	100,00	31.903.115	100,00
Überschuss / Defizit	14.151.011		8.593.812		5.134.612	
Reinvermögen	188.907.634		165.903.380		33.631.485	

Es werden die Daten aus den Rechenschaftsberichten des Jahres 2011 zugrunde gelegt, da die Rechenschaftsberichte für das Jahr 2012 noch nicht veröffentlicht sind.

CDU / CSU		Grüne		FDP		Die Linke	
EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
50.272.037	28,24	7.966.261	21,63	7.439.931	21,69	9.711.525	33,81
20.525.084	11,53	7.714.360	20,95	3.312.540	9,66	3.907.466	13,60
18.141.426	10,19	3.989.590	10,83	4.870.757	14,20	1.905.702	6,63
9.546.960	5,36	860.115	2,34	1.738.362	5,07	29.071	0,10
966	0,00	286	0,00	414.678	1,21	0	0,00
3.857.177	2,17	197.919	0,54	430.869	1,26	191.420	0,67
19.647.576	11,04	1.053.668	2,86	2.252.642	6,57	221.028	0,77
55.053.124	30,93	13.814.822	37,51	13.588.557	39,62	12.130.761	42,23
952.881	1,00	1.229.915	3,34	248.624	0,72	626.460	2,19
177.997.231	100,00	36.826.936	100,00	34.296.960	100,00	28.723.433	100,00
51.835.002	31,55	11.115.475	34,16	5.295.442	15,26	10.207.742	38,03
35.049.911	21,34	5.638.968	17,33	9.971.476	28,73	5.038.600	18,77
44.340.385	26,99	8.116.049	24,94	10.194.034	29,37	6.926.179	25,80
27.903.964	16,99	7.162.002	22,01	7.939.983	22,87	4.497.873	16,76
2.329.149	1,42	303.516	0,93	174.830	0,50	128.298	0,48
669.426	0,41	4.020	0,01	1.084.266	3,12	5.928	0,02
2.140.970	1,30	203.051	0,62	51.544	0,15	36.396	0,14
164.268.807	100,00	32.543.081	100,00	34.711.575	100,00	26.841.016	100,00
13.728.424		4.283.855		-414.615		1.882.417	
199.534.865		30.298.191		5.461.460		25.473.080	

